

Medienmitteilung

Aussprache des Bundesrates zur Frankenstärke

BDP will echte und wirksame Lösungen für einen stabilen und wettbewerbsfähigen Standort Schweiz

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP teilt die Meinung des Bundesrates, dass die Standortbedingungen verbessert werden müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft zu erhalten. Dazu gehören für die BDP in erster Linie Anstrengungen, welche die Produktionskosten von Unternehmen reduzieren oder nicht weiter erhöhen sowie Massnahmen, welche die Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen sicherstellen. Die BDP ist gewillt, ihren Beitrag zu konstruktiven, sinnvollen und spezifischen Lösungen zu leisten und hat dazu bereits in der Frühlingssession ein [Positionspapier](#) verabschiedet.

Der Standort Schweiz und sein Erfolgsmodell stehen vor schwierigen Herausforderungen. Die BDP hat sich deshalb neben dem Positionspapier in der Frühlingssession auf konkrete Vorstösse konzentriert, welche rasch und spezifisch wirksame Entlastungen bringen. So fordert die BDP eine [temporäre Mehrwertsteuerbefreiung](#) von Tourismus und Gastronomie und [mehr Mittel für die KTI](#). Beim [Beschaffungswesen](#) sollen gleich lange Spiesse für inländische Anbieter geschaffen werden, indem für die Vergleichbarkeit der Angebote nicht mehr die volatilen Wechselkurse des Devisenmarktes, sondern die effektive Kaufkraftparität angewendet werden soll.

Steigende Bürokratie ist eine Realität, welche den Unternehmen das Leben zunehmend schwer macht. Die Ursachen liegen nur teilweise im gesetzgeberischen Umfeld des Parlaments. Oftmals werden anschliessend auf der Verordnungsstufe und auch im Interpretationsspielraum auf Verwaltungsebene übertriebene und unverständliche Hürden eingebaut. Die BDP engagiert sich deshalb für die [Einführung eines Vetorechts](#) bei bundesrätlichen Verordnungen. Vor allem aber verlangt die BDP vom Bundesrat einen massiven Abbau des administrativen Aufwands. Innerhalb von zwei Jahren sollen sämtliche Bundesverordnungen bezüglich ihres Umfangs und ihrer Komplexität zu überprüfen und massiv zu vereinfachen. Weisungen, Wegleitungen und Richtlinien sind im Grundsatz ganz abzuschaffen.

Die BDP hilft aber nicht mit, strategische wichtige Projekte für die Schweiz unter dem Vorwand der Frankenstärke zu gefährden. Diese sind jetzt wichtiger denn je. Gerade eine [geordnete Energiewende](#) ist aus Sicht der BDP das beste Konjunkturprogramm mit enormen Chancen für die innovative Schweizer Wirtschaft. Wer jetzt opportunistisch versucht, politisch ungeliebte Dossiers zu torpedieren, hat damit kein Rezept gegen die Frankenstärke gefunden und vor allem keinem einzigen betroffenen Unternehmen geholfen. Das Gleiche gilt für eine rasche Umsetzung der [Unternehmenssteuerreform III](#), diese muss so bald wie möglich vom Parlament beraten werden.

Vor allem aber ist bei allen kurzfristigen Massnahmen die zentrale Tatsache nicht zu verschweigen, dass die Schweiz als Standort massiv an Stabilität und Berechenbarkeit verloren hat. Die grosse Unsicherheit in Bezug auf das bilaterale Verhältnis zu Europa, die Gefahr wirtschaftlicher Isolation, aber auch das Hinterfragen von Völkerrecht und Menschenrechten schwächen das weltweite Image und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Bei allen Diskussionen rund um die Frankenstärke wird diese Realität viel zu oft ausgeklammert. Die BDP hingegen sieht darin die zentrale Herausforderungen und wird sich hier weiterhin mit aller Kraft engagieren.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Hans Grunder, 079 616 11 71

NR Lorenz Hess, 079 356 59 26

15.04.2015